

Mehr als ein Dach über dem Kopf

30 Jahre Autonome Frauenhäuser in Deutschland

Die ersten Autonomen Frauenhäuser und damit die ersten Frauenhäuser in Deutschland wurden Ende vergangenen Jahres 30 Jahre alt. In West-Berlin eröffnete am 1. November 1976 das Frauenhaus seine Türen. Es folgten am 1. Dezember 1976 das Frauenhaus Köln und wieder einen Monat später das Frauenhaus Bielefeld. Überall zeichnete sich das gleiche Bild ab: Kurze Zeit nach Eröffnung eines Frauenhaus war es belegt. Dies allen Beteuerungen der örtlichen Repräsentanten zum Trotz, es gäbe keine Gewalt gegen Frauen. Heute gibt es in Deutschland ca. 380 Frauenhäuser, davon sind etwa 150 autonom, 230 sind Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und anderen Trägern.

Das 30-jährige Jubiläum ist ein zweifelhafter Anlass zum Feiern: Einerseits konnten die Frauenhäuser als Zufluchtseinrichtungen für Frauen fast flächendeckend durchgesetzt werden, andererseits sind sie gleichzeitig Ausdruck einer erschreckenden gesellschaftlichen Realität. Auch 30 Jahre nach Eröffnung der ersten Frauenhäuser in Deutschland und nach dem Aufbau zahlreicher Unterstützungseinrichtungen für Frauen und Mädchen konnte das Ausmaß der Gewalt nicht reduziert werden. Dies bestätigt auch die erste repräsentative Untersuchung zur Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen aus dem Jahr 2004.

Die von den Autonomen Frauenhäusern vor mehr fünfundzwanzig Jahren eingerichtete und rotierende *Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser* (ZIF), die ihren Sitz zur Zeit in Kassel hat, lud im November 2006 anlässlich dieses Jubiläums nach Köln ein. Zu den Höhepunkten des Abends zählte zweifelsohne der Auftritt von Monika Mengel, die Stimme der 1. Frauenrockband *Flying Lesbians*. Auch der Auftritt der Theatergruppe ehemaliger Frauenhaus-Bewohnerinnen aus Köln *Mutige Wege*, der Chor der Autonomen Frauenhäuser und die Feuershow „Funk'n-Flug“ gehörten zu den Highlights. Ganz besondere Ehre wurde Prof. Dr. Maria Mies, Mitbegründerin des 1. Frauenhauses in Köln zuteil, der für ihre ungebrochene kritische und solidarische Begleitung der Autonomen Frauenhäuser gedankt wurde.

Mehr als erwartet oder weniger als erhofft?

Unter dem Titel „Mehr als erwartet oder weniger als erhofft“ erinnerten sich die Frauenhausmitbegründerinnen Barbara Umben (Berlin), Prof. Dr. Maria Mies (Köln) und Ulrike Gieselmann (Bielefeld) an die schwierigen und gleichzeitig hoffnungsfrohen Anfänge der Frauenhausbewegung. Mit Ausnahme des Frauenhauses in West-Berlin, das als Modellprojekt des Bundes gefördert wurde, arbeiteten die sich schnell ausbreitenden Frauenhausinitiativen in der Anfangszeit ohne finanzielle Zuschüsse und häufig gegen heftigen parteipolitischen Widerstand. Auch nach den Eröffnungen der Frauenhäuser änderte sich an dieser Situation zunächst nichts Grundlegendes. So wurden die Frauenhäuser oft jahrelang mit viel unbezahltem Engagement und Spenden aufrechterhalten. Vor 30 Jahren, so berichteten die Mitbegründerinnen, wurde die alltägliche Gewalt gegen Frauen in der Öffentlichkeit beschwiegen, verleugnet oder bagatellisiert und zum Einzelfall erklärt, wobei den Opfern dann automatisch ein erhebliches Selbstverschulden unterstellt wurde.

Die drei Referentinnen präsentierten an diesem Abend trotz vieler Gemeinsamkeiten auch sehr unterschiedliche Frauenhauskonzepte und –werdegänge. Der Selbstverwaltungsansatz der Anfangszeit wurde am konsequentesten und auch am längsten von den Bielefelderinnen erprobt und umgesetzt, wusste Ulrike Gieselmann zu berichten. So wurde das Frauenhaus Bielefeld bis Mitte der 1990er-Jahre ohne öffentliche Zuschüsse aufrechterhalten. Nachdem die Suche nach Nachfolgerinnen, die das Konzept übernehmen wollten, ergebnislos blieb, übergaben die Gründerinnen das Haus an Frauen, die dieses heute professionell betreiben.

Ganz andere Probleme hingegen hatten die Berlinerinnen, berichtete Barbara Umben. Von Anfang an war es dort klar, dass bezahlte Arbeitsplätze für Frauen die Voraussetzung für die Einrichtung eines Frauenhauses sein sollte, weil Frauenarbeit sich immer niedrig bezahlt oder kostenlos angeeignet wird. Die Ende der 1970er Jahre in der Frauenbewegung heiß diskutierte Frage, nach den Risiken bei der Annahme von Staatsknete, war für sie bereits bei Eröffnung 1976 entschieden. Nach außen leise musste das 1. Berliner Frauenhaus jedoch Ende der 1990er wegen unüberbrückbarer interner Probleme schließen. Maria Mies stellte die Frage, ob

solche Projektgründungen auch heutzutage möglich wären, ob die gesellschaftlichen Bedingungen dies noch zulassen würden. Als wichtiges Gegenargument nannte sie, dass heute Solidarität und Gemeinsamkeit durch Konkurrenz und Individualität ersetzt werden.

Die derzeit bestehenden ca. 150 autonomen Frauenhäuser sind in der Regel gemeinnützige Vereine. Sie sind konfessionell und politisch ungebunden, ihre Arbeit orientiert sich an den Grundsätzen feministischen und antirassistischen Denkens und Handelns. Und noch immer gibt es keine Chefinnen. Nach wie vor sind Autonome Frauenhäuser männerfreie Orte, deren Adressen aus Schutzgründen geheim sind. Von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder finden in der akuten Krisensituation im Frauenhaus Zuflucht, Beratung und Unterstützung. Frauen werden nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ gestärkt. Die Einrichtung von Frauenhäusern und die Schaffung einer tragfähigen arbeitenden Unterstützungsstruktur von Frauen für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder zählt neben der Skandalisierung der alltäglichen Männergewalt zu den größten Erfolgen der Frauenhausbewegung.

Im Jahr 2002 wurde das Gewaltschutzgesetz verabschiedet. Gewalt gegen Frauen wurde in der Folgezeit unter Ausschluss der eigenen Betroffenheit und mit professionellem Habitus Thema vieler ExpertInnen-Runden und Runder Tische und Fachtagungen. Und langsam fand es auch Eingang in Fortbildungen von Polizei- und Gesundheitswesen etc. Bundesweit wurden öffentlich finanzierte Interventionsstellen eingerichtet, die nach dem Gewaltschutzgesetz beraten. "Wer schlägt, der geht!" Damit ist eine langjährige Forderung der Frauenhausbewegung umgesetzt worden und die Bekämpfung der Gewalt wurde auf eine breitere Basis gestellt. Die so genannten Familienstreitigkeiten werden heute zwar als Straftat wahrgenommen, allerdings wird der überwiegende Teil der Täter nicht tatsächlich strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.

Die Notwendigkeit, misshandelten und bedrohten Frauen und ihren Kindern Zufluchtsmöglichkeiten zu bieten, ist derzeit in der Öffentlichkeit unumstritten. Doch in der Praxis vieler Frauenhäuser ist die Bestandssicherung der jeweiligen Einrichtung und das Aushandeln von akzeptablen Finanzierungsbedingungen ein permanenter und energieraubender Teil der täglichen Arbeit geblieben. Durch die neue Sozialgesetzgebung, eine rigide Sparpolitik der Länder und Kommunen und eine verstärkte Bürokratisierung wird es für Frauen und Kinder immer schwieriger, in

Frauenhäusern Schutz zu suchen.

Erstmals haben sich nun alle autonomen, verbandlichen und kirchlichen Frauenhausträger zusammengeschlossen, um in einem gemeinsamen Positionspapier die längst überfällige flächendeckende Finanzierung der Frauenhäuser einzufordern (www.autonome-frauenhaeuser-zif.de). Jede Frau sollte – so die gemeinsame Forderung - unabhängig von Alter, Schichtzugehörigkeit, Einkommen und Herkunft die Möglichkeit haben, unbürokratisch und direkt Zuflucht in einem Frauenhaus der eigenen Wahl zu finden. Auch der Aufenthalt für die betroffenen Frauen und Kinder sollte kostenlos sein. Zudem sei es wichtig, dass die Frauenhäuser unabhängig vom „Einzelfall“ und der Belegung pauschal finanziert werden. Als positives Modell wird in dem Papier die Finanzierung der Frauenhäuser in Schleswig-Holstein über den Landesfinanzausgleich genannt.

Frauenhäuser: Immer neue Kürzungen

Seit längerem ist zu beobachten, dass viele Frauenhäuser - trotz ungebrochenen Bedarfs - über den Entzug öffentlicher Zuschüsse massiv eingeschränkt werden, indem Arbeits-, Aufnahme- und Unterstützungsmöglichkeiten beschnitten und sie in ihren politischen Handlungsmöglichkeiten unter Dauer-Druck gesetzt werden. Auch zählen Frauenhaus-Schließungen seit längerem zum Alltag. Neben einer eingeschränkten Öffentlichkeitsarbeit bedeutet dies einen Abbau von Frauenhausplätzen und eine geringere Unterstützungsmöglichkeit für Frauen und Kinder, die in einer akuten Notsituation sind. Allein in Berlin mussten seit 2000 insgesamt 82 Frauenhausplätze abgebaut werden. Vergleichbares ist bundesweit zu beobachten. Die Landesregierung in NRW hat 2006 allen 62 landesgeförderten Frauenhäusern 30 % der Zuschüsse gekürzt und damit die Stelle einer Sozialarbeiterin ersatzlos gestrichen. Trotz massiver Proteste wurde die absurde Kürzung nicht zurückgenommen. Die hessische Landesregierung hatte dies bereits 2004 im Rahmen ihrer Operation „Sichere Zukunft“ vorexerziert und bei insgesamt acht von 32 Frauenhäusern die Zuschüsse auf Null gekürzt. Auch dort wurde schon in den Vorjahren bei allen Frauenhäusern empfindlich gestrichen und Zufluchtsplätze abgebaut.

In Hamburg konnte zwar die 2004 vom Senat vorgesehene Schließung des 1. Hamburger Frauenhauses durch massive und anhaltende Proteste verhindert

werden. Durch eine Fusion des 1. und 3. Hamburger Frauenhauses wurden 31 der 44 gefährdeten Plätze gerettet. Doch der Preis war hoch: 240.000 Euro müssen nun nach Vorgabe des Senats eingespart werden. Auch in Thüringen mussten 2006 zehn von 24 Frauenhäusern wegen ausbleibender Landesmittel schließen. Zwar konnte die angekündigte Umstellung auf Tagessatzfinanzierung noch im letzten Moment verhindert werden, dafür wurden bereits neue Kürzungen angekündigt.

Die Kampagne „Gewaltig groß werden“ - Kein Sorge- und Umgangsrecht für gewalttätige Männer

Trotz dieser Finanzierungsprobleme versuchen die Autonomen Frauenhäuser politisch aktiv zu bleiben. So wurde in Köln die bundesweite Kampagne „Gewaltig groß werden - Kein Sorge- und Umgangsrecht für gewalttätige Männer!“ eröffnet. Mit ihr sollen die skandalösen Probleme von gewaltbetroffenen Frauen und Kindern bezüglich der Sorge- und Umgangsrechtsregelungen mit gewalttätigen Männern öffentlich gemacht werden. In der Praxis sind gewaltbetroffene Frauen immer wieder mit Gerichtsurteilen konfrontiert, die gewalttätigen Vätern das Sorge- und Umgangsrecht mit Verweis auf das so genannte Kindeswohl nicht verwehrt. Die betroffenen Frauen und Kinder sind dadurch einer ständigen Bedrohungssituation ausgesetzt. In unerträglicher Weise werden so erneut die Gewalttaten des Mannes und die psychischen Auswirkungen auf die (mit)betroffenen Kinder bagatellisiert. Paradoxerweise werden die gleichen Väter zwar im Gewaltschutzgesetz als Täter gesehen und die Gerichte sprechen ein Kontakt- und Näherungsverbot aus. Im Sorge- und Umgangsverfahren können dieselben Männer jedoch ihr Besuchsrecht erfolgreich einfordern. Die Kampagne wird mit einem Kongress zu den Problemen mit dem Sorge- und Umgangsrecht am 18. und 19. Januar 2008 an der Fachhochschule in Frankfurt zu Ende gehen.

Nach 30 Jahren Frauenhausarbeit erleben wir heute eine paradoxe Situation. Auf der einen Seite gibt es eine fachliche Etablierung des Themas „häusliche Gewalt“ und „Stalking“ im politischen, wissenschaftlichen und institutionellen Raum und Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser sind als Expertinnen in Gremien, an Runden Tischen und bei Gesetzesvorhaben gefragt. Zeitgleich wird der Frauenhausarbeit jedoch über die Reduzierung der öffentlichen Mittel ihre Grundlage sukzessiv

entzogen. Dies korrespondiert mit der Tendenz, gesellschaftliche Probleme zu privatisieren und in die Verantwortung den Betroffenen zu zuschieben. Das Thema Gewalt gegen Frauen wird damit langsam aber sicher wieder in den privaten Raum gedrängt und so - entgegen aller Lippenbekenntnisse - aus der politischen Verantwortung genommen. Es ist also notwendig, erneut daran zu erinnern, dass frauenparteilich arbeitende Frauenhäuser mehr als ein lebensnotwendiges Schutzdach vor Gewalt sind. Sie sind der Ort eines Neuanfanges ohne den Druck und die Präsenz des Misshandlers, ein Ort der Frauen-Solidarität und der (gegenseitigen) Unterstützung und vor allem auch ein Ort, über das Erlebte zu sprechen und die häufig lang ertragene Isolation und permanente Angst gemeinsam mit anderen aufzubrechen.

Kathie von Asel

Kontakt : www.autonome-frauenhaeuser-zif.de,
zifrauenhaeuser@web.de